



BLK-Programm „21“

InfoBox

**Gemeinsam für die
nachhaltige Region**

Das neue Bundesnaturschutzgesetz

Inhaltsverzeichnis

Das neue Bundesnaturschutzgesetz	2
Die rechtlichen Grundlagen des Naturschutzes	2
Neues Verhältnis von Natur und Landwirtschaft: Mehr Hasen ins Feld!	3
Die Verbandsklage: Anwälte der Natur auf Bundesebene	4
Der Biotopverbund: Ein bayerischer Luchs im Harz?	4
Wildnis in Deutschland – Schutzgebiete der Natur	5
Der Weg zum Schutzgebiet	6
Mehr Naturschutz in der Nord- und Ostsee	6
Ausgleich zwischen Naturschutz und Sport	7
Die Landschaftsplanung: Und was ist neu?	7
Kindersicherung für Störche: Verbesselter Artenschutz	8

Der Text wurde mit freundlicher Genehmigung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Broschüre „Das Neue Bundesnaturschutzgesetz“ vom März 2002 entnommen.

Das neue Bundesnaturschutzgesetz

Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben am 1. Februar 2002 ein neues Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) beschlossen. Damit hat die rot-grüne Koalition eines ihrer zentralen umweltpolitischen Projekte dieser Legislaturperiode umgesetzt. Das noch geltende Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) ist veraltet, in wichtigen Teilen stammt es aus dem Jahr 1976. Um heute die Natur und Artenvielfalt zu schützen und als Lebensgrundlagen für spätere Generationen zu sichern, muss das Naturschutzrecht umfassend erneuert werden. Die Novelle passt das Bundesnaturschutzgesetz dem modernen Industriestaat Deutschland an. Der Naturschutz wird gestärkt!

Die wichtigsten Neuerungen sind:

- Erstmals legt die Bundesregierung Regeln für die „gute fachliche Praxis“ aus Sicht des Naturschutzes fest.
- Die Anwälte der Natur werden gestärkt. Anerkannte Naturschutzverbände erhalten im gesamten Bundesgebiet ein Klagerecht gegen Eingriffe in die Natur.
- Der Naturschutz kommt raus aus dem Reservat Nationalparks und andere Schutzgebiete sollen sich entwickeln können.
- Der Schutz der Natur und die Nutzung der Natur für Sport wird zu einem neuen Ausgleich gebracht. Bürgerinnen und Bürger erhalten mehr Beteiligungsmöglichkeiten.
- Mindestens 10 Prozent der Landesfläche sollen Bestandteil eines Biotopverbunds werden.
- Künftig gelten auch Veränderungen des Grundwasserspiegels als Eingriff in die Natur. Ausgleichsmaßnahmen werden strikter, aber auch unbürokratischer geregelt.
- Die Bundesregierung stärkt den vorsorgenden Naturschutz in der Landschaftsplanung.
- Störche und andere Vögel werden an Energiefreileitungen und Masten besser geschützt.
- Die Ausbreitung fremder Tier- und Pflanzenarten wird erschwert.

Die rechtlichen Grundlagen des Naturschutzes

Das Bundesnaturschutzgesetz ist die Grundlage des Naturschutzes und – gemäß Artikel 75 des Grundgesetzes – ein Rahmengesetz. Die Mehrzahl der Regelungen gilt daher nicht unmittelbar gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sondern richtet sich an die Länder. Diese müssen die neuen Rahmenvorschriften der Novelle bis zum Jahr 2005 in Landesnaturschutzrecht umsetzen. Dabei haben sie einen Gestaltungsspielraum, der unter anderem dazu führt, dass die Länder und ihre Behörden ihre Zusammenarbeit untereinander und mit Ehrenamtlichen unterschiedlich organisieren.

Nur im Ausnahmefall gelten die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes unmittelbar, unter anderem zum Artenschutz, zur FFH-Richtlinie oder zu Bußgeld- und Strafvorschriften. Aber ein großer Teil des Naturschutzrechts, der sich direkt auf die Bürgerinnen und Bürger auswirkt, besteht aus untergesetzlichen Normen. Das sind vor allem Verordnungen, die von den obersten Naturschutzbehörden der Länder oder vom Bundesumweltministerium erlassen werden. Der Bundestag oder die Landesparlamente sind dabei in der Regel nicht beteiligt.

Neues Verhältnis von Natur und Landwirtschaft: Mehr Hasen ins Feld!

Mehr als die Hälfte Deutschlands wird als Agrarfläche genutzt. Deswegen ist eine naturverträgliche Bewirtschaftung so wichtig, wenn man Natur und Landschaft schützen will. Die landwirtschaftlichen Produktionsverfahren greifen in den Naturhaushalt ein, aber gleichzeitig gibt es Biotope, die von einer naturverträglichen Bewirtschaftung abhängen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die intensivierte Landwirtschaft reiche, ökologisch wertvolle Kulturlandschaften in monotone Produktionslandschaften verwandelt. Das Grundwasser ist in einigen Regionen noch immer zu stark mit Nitrat belastet.

Das neue Bundesnaturschutzgesetz definiert das Verhältnis zwischen Naturschutz und Landwirtschaft neu, vor allem, indem es aus der Sicht des Naturschutzes gesetzliche Mindeststandards an die „gute fachliche Praxis“ (§ 5 BNatSchG, Absätze 4 bis 6) festlegt. Diese Regelungen sind auch zentrale Eckpfeiler der Agrarwende und fördern eine ökologisch orientierte Landwirtschaft.

Was heißt „gute fachliche Praxis“?

Die „gute fachliche Praxis“ ist so etwas wie die „goldene Regel“ des bauerlichen Berufsstandes. Sie beschreibt, wie ein verantwortungsbewusster Landwirt, Forstwirt oder Fischer zu wirtschaften hat, um insbesondere die Natur und Umwelt zu schonen.

Konkrete Vorschriften gab es bisher nur zum Düngemiteleinsatz, zum Bodenschutz und zum Pflanzenschutz (jeweils in den Fachgesetzen des Bundes), aber es fehlte der Bezug zum Naturschutz. Das alte BNatSchG ist davon ausgegangen, dass die „gute fachliche Praxis“ in der Regel mit den Zielen des BNatSchG übereinstimmt. Damit erklärte man fast alle land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Methoden für natur- und umweltverträglich. Das traf nicht immer zu.

Nun führt die Novelle unter anderem folgende Mindeststandards ein:

- Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung muss standortangepasst erfolgen und die nachhaltige Bodenfruchtbarkeit sowie langfristige Nutzbarkeit von Flächen gewährleisten.
- Vermeidbare Beeinträchtigungen von Biotopen sind zu unterlassen. Landschaftsteile zur Vernetzung von Biotopen sind zu erhalten und nach Möglichkeit zu vermehren.
- Die Tierhaltung hat in einem ausgewogenen Verhältnis zum Pflanzenbau zu stehen. Schädliche Umweltauswirkungen sind zu vermeiden.
- Auf erosionsgefährdeten Hängen, in Überschwemmungsgebieten, auf Standorten mit hohem Grundwasserstand sowie auf Moorstandorten ist ein Grünlandumbruch zu unterlassen.
- Die natürliche Ausstattung der Nutzfläche (Boden, Wasser, Flora, Fauna) darf nicht stärker beeinträchtigt werden, als es zur Erzielung eines nachhaltigen Ertrages erforderlich ist.
- Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist zu dokumentieren. Dafür maßgeblich ist das landwirtschaftliche Fachrecht.
- Wälder sollten naturnah aufgebaut und ohne Kahlschläge bewirtschaftet werden.

- In der Fischereibranche ist zu beachten, dass die oberirdischen Gewässer und der natürliche Uferbewuchs erhalten bleiben – für unsere heimischen Tier- und Pflanzenarten.

Wenn die neuen Rahmenvorschriften in den Landnaturschutzgesetzen umgesetzt sind, muss jeder Landwirt, Forstwirt oder Fischer seine Bewirtschaftung an die „gute fachliche Praxis“ – auch aus Sicht des Naturschutzes – anpassen.

Die Landwirtschaft ist angehalten, Naturschutz zu beachten und auf ökologischere Verfahren umzusteigen. Wichtig ist hier, dass die Naturschutzbehörden zukünftig nicht mehr jede Beschränkung der Landwirtschaft ausgleichen müssen (siehe auch „Wildnis in Deutschland“).

Die Verbandsklage: Anwälte der Natur auf Bundesebene

Naturschutz lebt von viel Wissen, von vielen Händen und auch von der Entschlossenheit. Die Bundesregierung führt deshalb mit dem neuen BNatSchG die Verbandsklage auf Bundesebene ein, um den engagiertesten Anwälten der Natur auch etwas in die Hand zu geben, um Bergmolche. Uhus und seltene Auwälder zu verteidigen.

Die Verbandsklage stärkt die Rolle der anerkannten Naturschutzverbände. Vor allem aber trägt sie dazu bei, dass Vollzugsdefizite im Naturschutz abgebaut werden, und sie wirkt darauf hin, dass Verwaltungen umsichtiger und sorgfältiger planen.

Das Besondere der Verbandsklage ist, dass ein nach § 59 oder § 60 BNatSchG anerkannter Naturschutzverband klagen kann, ohne in eigenen Rechten verletzt zu sein. Er kann beispielsweise gegen Planfeststellungsbeschlüsse Klage erheben, die Deponien oder den Ausbau von Gewässern genehmigen. Neu ist jetzt, dass der Klagegegner eine Bundesbehörde sein kann. Damit können zukünftig Eisenbahnen des Bundes oder der Ausbau von Bundeswasserstraßen betroffen sein.

Die immer wieder geäußerten Befürchtungen, dass eine Klageflut nun jedes Bauprojekt verzögern und verhindern wird, ist aus Sicht des Bundesumweltministeriums unbegründet. Die Erfahrungen in den Ländern zeigen, dass die Vereine nur selten, aber gezielt, von ihrem Klagerecht Gebrauch machen.

Der Biotopverbund: Ein bayerischer Luchs im Harz?

Will ein Luchs aus dem Bayerischen Wald in den Harz, wird er das wahrscheinlich nicht schaffen, weil er dazu Schnellstraßen, Städte und Industriegebiete lebend überqueren müsste. Wie Inseln liegen die Verbreitungsgebiete zwischen Verkehrswegen und Agrarlandschaften – nicht nur für den Luchs, sondern auch für andere Tiere. Die Folge: Die Arten können die verschiedenen Lebensräume nicht besiedeln und ihre Gene nicht austauschen. Es besteht die Gefahr von Inzucht und Degeneration. Kleine, isolierte Populationen sterben aus.

Diese „Verinselung“ von Lebensräumen ist eine der wesentlichen Ursachen des Artenschwunds. Um die heimischen Tier- und Pflanzenarten zu schützen, führt § 3 der BNatSchG-Novelle einen bundesweiten Biotopverbund auf mindestens 10 Prozent der Fläche ein. Er soll geeignete Lebensräume so zueinander anordnen, dass sich die zu

schützenden Pflanzen- und Tierarten auf diesen Flächen ausbreiten und vermehren können.

Die Länder sind dafür zuständig, Gebiete für den Biotopverbund festzulegen und rechtlich abzusichern. Dabei kommt es nicht so sehr darauf an, neue Flächen auszuweisen. Experten gehen davon aus, dass schon heute ein Großteil der Naturschutzgebiete, Nationalparks, Vogelschutzgebiete usw. für den Biotopverbund geeignet sind. Nur circa zwei Prozent müssen noch zusätzlich unter Schutz gestellt werden, um das Zehn-Prozent-Ziel zu erreichen. Entscheidend ist neben der räumlichen Verbindung, dass die ökologische Qualität der Lebensräume erhalten oder wiederhergestellt wird. Dazu können Naturschutzbehörden und Landwirte auch Verträge zur Biotoppflege abschließen (wie beim Wiesenbrüterprogramm).

Der Biotopverbund wird sich aus bereits bestehenden Schutzgebieten sowie Kern- und Verbindungsflächen zusammensetzen, die dem Wanderverhalten der Arten entgegen kommen. Das sind Felddraine und Flüsse, aber auch einzelne Bäume, ein Kirchturm, in dem Falken nisten, oder Grünbrücken. Außerdem ergänzt der Biotopverbund das europaweite ökologische Netz NATURA 2000 bzw. geht fachlich noch darüber hinaus, denn er schützt nicht nur einzelne Lebensräume und Arten, sondern schafft die Grundlage, um alle wild lebenden Tiere und Pflanzen zu erhalten.

Wildnis in Deutschland – Schutzgebiete der Natur

Schutzgebiete sollen sich entwickeln können. Das ist natürlich schon heute so, aber das neue BNatSchG stärkt das so genannte „Entwicklungsprinzip“. Danach kann man auch Flächen als Schutzgebiete ausweisen, die noch nicht die Kriterien eines Nationalparks oder Naturschutzgebiets erfüllen, sondern die sich erst noch in diesen Zustand entwickeln müssen. Allerdings müssen sie ein „Entwicklungspotenzial“ in diese Richtung besitzen.

Aber: Wie wird ein Landschaftsteil zu einem Schutzgebiet? Die Naturschutzbehörden der Länder können Teile von Natur und Landschaft zu Naturschutzgebieten, Nationalparks, Biosphärenreservaten, Landschaftsschutzgebieten, Naturparks, Naturdenkmälern oder geschützten Landschaftsbestandteilen erklären.

Naturschutzgebiete sind die wichtigste Schutzkategorie, um wild lebende Tiere und Pflanzen zu schützen. Nationalparks sind am strengsten geschützt. Für bestimmte Teile von Nationalparks ist es sogar verboten, sie zu betreten. Ziel ist es allerdings, sie für Menschen so weit wie möglich offen zu halten. Daher teilt man Nationalparks in unterschiedliche Schutzzonen auf. In Naturschutzgebieten kann man einzelne Beschränkungen nur für bestimmte Jahreszeiten aussprechen – zum Beispiel während der Brutzeit. Dagegen dienen Landschaftsschutzgebiete ausdrücklich sowohl der Erhaltung von Natur und Landschaft als auch der Erholung.

Weitere Informationen zu den Schutzgebietskategorien finden Sie unter

www.bmu.de/naturschutz.

Der Weg zum Schutzgebiet

Die Ausweisung eines Schutzgebiets erfolgt in der Regel per Verordnung. Die Naturschutzbehörde leitet dann ein Verfahren ein, an dem sie die Grundstückseigentümer, andere Behörden, Gemeinden, die anerkannten Naturschutzverbände und die Öffentlichkeit beteiligt. Am Ende legt die Verordnung fest, wo die Grenze des Schutzgebiets liegt, welche Tiere, Pflanzen und Biotope zu schützen sind und begründet, warum gerade diese Fläche zu sichern ist.

Häufig ist die Ausweisung eines Naturschutzgebiets mit Nutzungseinschränkungen verbunden. Zum Beispiel kann man den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln beschränken. Noch bestimmt das alte Bundesnaturschutzgesetz, dass dem Land- oder Forstwirt wirtschaftliche Nachteile auszugleichen sind, wenn die Nutzungseinschränkungen über die Anforderungen der „guten fachlichen Praxis“ hinausgehen (siehe auch „gute fachliche Praxis“).

Das neue Bundesnaturschutzgesetz lockert diesen starren Bezug zur „guten fachlichen Praxis“. Dieser hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass die Behörden weniger Naturschutzflächen ausgewiesen haben als wünschenswert, um die finanziellen Belastungen zu vermeiden. Zukünftig können die Länder die Bestimmungen über Ausgleichsleistungen selbst festlegen. Sie müssen dann nicht mehr jede naturschutzrechtliche Auflage ausgleichen, sondern können flexibler entscheiden, ob und unter welchen wirtschaftlichen Bedingungen ein vollständiger Ausgleich angemessen ist. Denn Naturschutzmaßnahmen wirken sich in einer fruchtbaren, intensiv genutzten Landschaft wie der Magdeburger Börde anders aus als auf einem Bergbauernhof im Schwarzwald. Klar ist aber auch, dass eine Entschädigung zu zahlen ist, wenn in die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes eingegriffen wird. Das will und das kann das BNatSchG nicht ändern.

Mehr Naturschutz in der Nord- und Ostsee

Die Meere, auch die Nord- und Ostsee mit ihren Kleinwalen und Seehunden, beherbergen einen großen Teil der biologischen Vielfalt. Natürlich nutzen die Menschen die Meere auch wirtschaftlich – ob durch Fischfang, den Abbau von Bodenschätzen oder zukünftig durch Offshore-Windparks.

Der Ausbau der Windenergie ist aus Gründen des Klimaschutzes notwendig – langfristig dient er auch dem Erhalt der Artenvielfalt in Nord- und Ostsee. Die Bundesregierung möchte bis zum Jahre 2030 gut 15 Prozent der Stromproduktion von 1998 Offshore erzeugen. Ein schneller, aber auch naturverträglicher Ausbau dieser Technologie ist eine Voraussetzung dafür.

Das Bundesnaturschutzgesetz ist also auch ein Investitionsbeschleunigungsgesetz für die Windenergie. Erstmals schafft die Bundesregierung die planungsrechtlichen Grundlagen für ihren Ausbau im Meer.

Im Gesetz wird zum einen die Seeanlagenverordnung, die die Genehmigungsvoraussetzungen für Seeanlagen definiert, verändert. Zum anderen schafft die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes erstmals die Möglichkeit, Naturschutzgebiete in der „Ausschließlichen Wirtschaftszone“ (AWZ) auszuweisen.

Ausgleich zwischen Naturschutz und Sport

Das BNatSchG will nicht primär die Natur vor den Menschen schützen, sondern die Natur mit ihnen schützen. Wälder, Berge und Seen sind beliebte Erholungsgebiete und sollen das auch bleiben. Klettern oder Mountainbiking ist aber nicht per se naturverträglich. Eine uneingeschränkte Nutzung von Natur und Landschaft ist nicht überall und nicht zu jeder Zeit möglich. Daher kommt es immer wieder zu Konflikten zwischen Naturschutz und Natursport. Das neue Naturschutzgesetz sieht die Menschen, die in der Natur Sport treiben, nicht länger als Gegner, sondern als Verbündete beim Erhalt der Natur. Vor allem mit zwei neuen Vorschriften fördert es den Ausgleich von Schutz- und Nutzerinteressen.

Die Naturschutzbehörden werden die Sportverbände künftig frühzeitig über geplante Schutzmaßnahmen informieren, die sich auf die Sportausübung auswirken. Das ermöglicht den Sportlern, gemeinsam mit den Naturschutzbehörden nach einvernehmlichen Lösungen zu suchen. Außerdem stellt das neue BNatSchG klar, dass man die Natur auch durch freiwillige Vereinbarungen schützen kann – anstelle von ordnungsrechtlichen Maßnahmen.

Aber nicht allein die Gesetzesnovelle soll helfen, Konflikte zwischen Naturschutz und Natursport zu lösen. In Zukunft wird ein Natursport-Informationssystem darüber informieren, wie stark eine Sportart die Natur belastet und wie Strategien zur Konfliktbewältigung aussehen können.

Die Landschaftsplanung: Und was ist neu?

Als das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) 1976 in Kraft trat, führte man damit die Landschaftsplanung erstmals in einem Gesetz ein. Sie ist die „räumliche Fachplanung“ des Naturschutzes. Zum einen beschreibt sie den Ist-Zustand eines Landschaftsraums mit seiner Tier- und Pflanzenwelt, den Schutzgütern Boden, Wasser, Luft und Klima sowie der Siedlungsdichte. Zum anderen bewertet sie, wie belastbar eine Landschaft ist, welche Teile zu schützen sind, wie ein Ökosystem zu sichern ist oder wie man dessen Leistungsfähigkeit wiederherstellen kann.

Das neue Bundesnaturschutzgesetz stärkt die Landschaftsplanung! Sie wird zukünftig grundsätzlich flächendeckend ausgestaltet sein, und die Behörden haben sie regelmäßig fortzuschreiben.

Aber auch hier vorab die Frage: Wie funktioniert die Landschaftsplanung? Die Landschaftsplanung ist nur der Oberbegriff für unterschiedliche Programme und Pläne, die dem (dreistufigen) System der Raumordnung nachgebildet sind. Die Raumordnung wiederum stimmt die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen aufeinander ab. Sie integriert die verschiedenen Fachplanungen vom Verkehr bis zum Naturschutz in ein räumliches Gesamtkonzept und bringt die ökologischen Funktionen mit den ökonomischen und sozialen Belangen in Einklang.

Aufbau der Landschaftsplanung

Auf Landesebene bestehen Landschaftsprogramme, die in Landesraumordnungsprogramme einfließen. Die regionalen Behörden erarbeiten Landschaftsrahmenpläne, die in regionalen Raumordnungsplänen (Regionalplänen) zu berücksichtigen sind. Die Gemeinden stellen in den Landschaftsplänen die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen dar, um die Ziele und Grundsätze von Naturschutz und Landschaftspflege zu verwirklichen. Für die Landschaftspläne sind entweder die Gemeinden oder die unteren Naturschutzbehörden verantwortlich.

Planungsraum	Landschaftsplanung	Räumliche Gesamtplanung
Land	Landschaftsprogramm	Landesraumordnungsprogramm
Region, Regierungsbezirk, Kreis	Landschaftsrahmenplan	Regionalplan
Gemeinde	Landschaftsplan	Flächennutzungsplan

Die eigenständige Landschaftsplanung hat – bis auf die Landschaftspläne in Nordrhein-Westfalen und in den Stadtstaaten – keine Rechtsverbindlichkeit. Sie kann aber rechtliche Verbindlichkeit erlangen, wenn man sie in andere Planungen und Regelungen übernimmt. zum Beispiel in die Bauleitplanung oder in Landesraumordnungsprogramme. Die Träger und Zuständigkeiten der Landschaftsplanung sind in den Bundesländern auf den verschiedenen Ebenen unterschiedlich geregelt.

Das neue Bundesnaturschutzgesetz stärkt die Landschaftsplanung

Die Landschaftsplanung wird zukünftig grundsätzlich flächendeckend ausgestaltet. Auch hier sind die Regelungen in den Bundesländern bisher unterschiedlich. Sie reichen von „soweit erforderlich“ bis „flächendeckend“. Beispielsweise stellt Nordrhein-Westfalen Landschaftspläne nur für den baulichen Außenbereich und nicht für Wohngebiete auf. Aber um die Artenvielfalt und Natur zu schützen reicht es nicht. Teilgebiete zu sichern. Naturschutz braucht 100 Prozent der Fläche. d. h. auch eine flächendeckende Landschaftsplanung für die besiedelten und unbesiedelten Räume. Die Behörden werden verpflichtet. Die Landschaftsplanung regelmäßig fortzuschreiben. Die Ziele des Naturschutzes sind umso leichter durchzusetzen, je aktueller die Landschaftsplanung und je höher ihre Qualität ist.

Kindersicherung für Störche: Verbesselter Artenschutz

Erstmals soll eine Vorschrift des BNatSchG verhindern, dass sich große Vögel wie Storch und Uhu an Mittelspannungsleitungen verletzen oder sterben. Deshalb sind bestehende Energiefreileitungen innerhalb von zehn Jahren gegen Stromschläge zu sichern. Neue Anlagen sind von vornherein so zu konstruieren, dass diese Gefährdungen nicht auftreten. Das neue Bundesnaturschutzgesetz beauftragt die Bundesländer, die Zoorichtlinie der Europäischen Union von März 1999 umzusetzen. Zoos sind danach verpflichtet, die Öffentlichkeit unter anderem über die gehaltenen Arten und deren natürliche Lebensräume zu informieren. Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes verschärft die Vorschriften über die Ansiedelung gebietsfremder Tiere in der freien Natur. Die Haltung von lebenden Tieren, die in Deutschland nicht natürlich vorkommen und die eine Gefahr für die heimische frei lebende Tierwelt darstellen, wird stärker kontrolliert. Ein Beispiel hierfür sind Schnappschildkröten. Das Bundesumweltministerium erhält die Befugnis, die Haltung und Zucht bestimmter Tierarten zu beschränken oder zu verbieten, soweit dies aus Gründen des Artenschutzes geboten ist.

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen.“

(Grundgesetz, Artikel 20a)